

Datum: 18.11.2014

Debatte um die Kommunalfinanzen: **SGSA ruft zu einem konstruktiven Dialog auf**

Magdeburg.- In der aktuellen Debatte um die Kommunalfinanzen hat der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt Landesregierung und Landtag zu einem „konstruktiven Dialog“ aufgerufen. „Probleme lösen wir nicht mit einem Diktat von oben, sondern durch konkrete Zusammenarbeit“, hob SGSA-Präsident, Haldenslebens Bürgermeister Norbert Eichler hervor. „Die Diskussion um den Finanzausgleich war in diesem Jahr gekennzeichnet davon, dass das Finanzministerium Kürzungen festlegen will und die Kommunen das einfach akzeptieren sollen. Das ist kein Weg für die vom Land versprochene Konsolidierungspartnerschaft“, betone Eichler mit Blick darauf, dass der Finanzminister derzeit alle Gespräche mit den Kommunalen Verbänden abgesagt hat.

Eichler zeigte Verständnis für die Verärgerung des Magdeburger Oberbürgermeisters und SGSA-Vizepräsidenten Dr. Lutz Trümper über Äußerungen des Ministerpräsidenten zur Protestkundgebung am vergangenen Freitag. „Wir haben insgesamt den Eindruck, dass wichtige Anliegen der Kommunen auf die leichte Schulter genommen werden“, erklärte Eichler. Mit dem kaufmännischen Rechnungswesen habe das Land die 234 Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden zu

wirtschaftlichen Einheiten gemacht, ohne ausreichende Rahmenbedingungen für die Finanzausstattung zu schaffen. „Einnahmen und Ausgaben müssen mehr denn je jetzt in ein ausgeglichenes Verhältnis gebracht werden“, betonte Eichler. Das Gegenteil sei in vielen Bereichen der Fall. Die Kommunen würden mit Aufgaben und Standards des Landes überzogen, ohne dass ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich würde gegenüber dem Bürger ein Eindruck vermittelt, als liege die Finanzknappheit in den Kommunen allein an den kommunalen Verwaltungen. „Auf der Bundesebene wird eine Kommunalentlastung medial verkauft, die bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt gar nicht ankommt“, hob Eichler hervor. Dabei geht es immerhin um über 31 Millionen Euro.

Auch der Umgang mit der Steuerschätzung verlasse den Boden der Seriosität. „Es ist doch unredlich, uns Steuereinnahmen gegenzurechnen, die erkennbar nicht kommen werden“, hob Eichler hervor. „Wir haben in den letzten Jahren immer wieder angeboten, mit einer Spitzabrechnung die Steuereinnahmen nachträglich zwischen Land und Kommunen auszugleichen. Damit wären die Interessen beider Partner ausgeglichen. Es geht aber nicht, dass wir mit Blick nach vorne etwas erwarten, was schon erkennbar nicht eintreten wird“, erläuterte Eichler. Eine Finanzierung von Steuerausfällen von immerhin ebenfalls 31 Millionen Euro könne es auf keinen Fall aus kommunalen Haushalten geben.